



Ein Beruf auf den Weg zur Akademisierung

Spätestens seit „Bologna“ (der einheitlichen Annerkennung von Berufsabschlüssen in Europa durch 29 europäische Bildungsminister beschlossen) ist jedem politisch Verantwortlichen in Deutschland klar, dass der Weg des Physiotherapeuten zu einem akademischen Beruf auf Fachhochschulniveau nicht mehr aufzuhalten ist. Was einst als Fachdisziplin für Ärzte im 19. Jahrhundert begann, entwickelte sich schnell zu einem eigenständigen Berufsbild als therapeutischer Zweig des medizinischen Funktionspersonals. In Deutschland ergab sich mit der Wiedervereinigung eine längst fällige Möglichkeit, ein modernes Ausbildungsgesetz für Physiotherapeuten zu entwickeln, in dessen Ergebnis die Ausbildung in ganz Deutschland auf das anerkannt gute Niveau der DDR-Fachschulen gehoben werden konnte. Somit besteht jetzt die Möglichkeit, in Deutschland einheitlich die Berufsbezeichnung Physiotherapeut zu erwerben. Dieser längst überfällige Schritt reichte nicht aus, um mit der Entwicklung in Europa mitzuhalten.

Die Entwicklung in Europa ist nicht stehen geblieben. Längst ist die Ausbildung in vielen Ländern seit Jahren an einer Fachhochschule angesiedelt. Allen voran in den skandinavischen Ländern, aber auch bei unseren östlichen Nachbarn und im deutschsprachigen Raum ist dies seit fast einem Jahrzehnt der Fall. Zuletzt hat die Schweiz in diesem Jahr per Regierungsbeschluss die Ausbildung auf Hochschulniveau angesiedelt mit klaren Vorgaben über Studieninhalte. Und was passiert in Deutschland? In Deutschland passiert wieder der typisch „deutsche Weg“, der jede Initiative im Kleinstaatenkompetenzgerangel und der vermeidlichen Hochschulfreiheit verebben lässt.

LFB-Vertreter bei Ministerpräsident Platzeck:

Der Dialog hat Tradition



Potsdam. Der Dialog der brandenburgischen Freiberufler mit dem Ministerpräsidenten Matthias Platzeck hat bereits Tradition. Die Spitzenvertreter der Freiberuflerkammern und -verbände trafen am 9. November 2006 in der Potsdamer Staatskanzlei bereits zum sechsten Mal mit dem brandenburgischen Regierungschef zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Platzeck zeichnete ein dramatisches Bild. Die gegenwärtigen Steuerüberschüsse dürften nicht darüber hinweg täuschen, dass nur 44 Prozent des brandenburgischen Haushalts aus eigenen Einnahmen stammen, der Rest seien Transferleistungen. Deshalb müsse der Haushalt von gegenwärtig 10 Milliarden Euro auf 7 Milliarden Euro zurückgeführt werden. „Wir stehen vor sehr schweren Entscheidungen“, erklärte der Regierungschef, „die nicht von allen Betroffenen mit Freude aufgenommen werden.“

Für den Landesverband der Freien Berufe, der mit inzwischen 19 Mitgliedsorganisationen rund 15.000 freiberuflich Tätige repräsentiert, betonte dessen Präsident Thomas Schmidt die Anstrengungen für die Ausbildung junger Menschen. „Wir bilden immer noch über unseren eigenen Bedarf hinausgehend aus“, sagte Schmidt. Der vom Landesverband eingestellte Ausbildungsplatzentwickler hat in diesem Jahr 20 zusätzliche Ausbildungsplätze im Praxen, Kanzleien und Büros angeworben. Dies sei vor dem Hintergrund, dass die Zahl geeigneter Schulabgänger geringer werde, ein respektables Ergebnis, so Zahnarzt Schmidt. Platzeck entgegnete, dass bereits 2010 im Land Brandenburg rund 200.000 Fachkräfte fehlen werden. Es sei also ein Gebot der Stunde, junge hochmotivierte Menschen hier im Land Brandenburg zu halten. Er dankte den Freiberuflern für ihre Bemühungen auf dem Gebiet der Berufsausbildung ausdrücklich.

Die Fachhochschulen haben erkannt, dass dies eine in Europa anerkannte Studienrichtung ist und man so sein Angebot an Studiengängen erweitern kann. Da es aber keine einheitlichen Vorgaben über ein Studiengang Physiotherapie gibt, bastelt jede Hochschule an ihrem eigenen Konzept. Diese Konzepte müssen zwar im ersten Teil die gesetzlichen Bestimmungen für den Beruf des Physiotherapeuten beinhalten, aber alle anderen Module des Studienganges sind frei von der Hochschule kreierbar. Diese freien Module werden oft nach den Möglichkeiten der Fachhochschule gewählt und nicht nach einem einheitlichen Berufsbild entworfen, so dass es zu einer bunten Zahl von Möglichkeiten kommt. So ist im Land Brandenburg die Fachhochschule Senftenberg mit ihrem Studiengang für Physiotherapie sehr technisch orientiert, während andere Hochschulen eher in Richtung Management und Prävention sowie Pflege orientiert sind. Dies führt dazu, dass akademisierte Physiotherapeuten auf den Markt drängen mit einem kunterbunten Profil an Können.

Damit entsteht ein Folgeproblem für die Politik. Der Mangel an Entscheidungsfähigkeit bei der Einrichtung eines Studienganges Physiotherapie, wie er in anderen europäischen Ländern erfolgte, führt dazu, dass in Deutschland junge Akademiker in der Fachrichtung Physiotherapie auf den Markt drängen, die ein hohes Maß an Können erworben haben. Aber wird die Politik sie auch mit den nötigen Kompetenzen ausstatten? Dies darf nach bisherigen Erfahrungen angezweifelt werden. Die Konsequenz aus diesem Umstand ist, dass an deutschen Fachhochschulen ausgebildete Physiotherapeuten ihr Betätigungsfeld, in dem ihr Können und ihre Kompetenz anerkannt sind, im benachbarten europäischen Ausland finden. Dies kann nicht im Interesse Deutschlands liegen. Damit zeigt sich wieder einmal, dass der Mangel an politischen Entscheidungen die Entwicklung in Deutschland behindert und zur Abwanderung junger gut ausgebildeter Menschen führt.

Ralf Fox, Schatzmeister des LFB

Der Verbandspräsident forderte die Landesregierung erneut auf, eine Studie zur Situation der Freien Berufe in Auftrag zu geben. Eine erste Vorarbeit war 2004 vorgestellt worden. Die Studie werde ermöglichen, Defizite erkennen zu helfen und dies in der künftigen Entwicklung zu berücksichtigen. Der LFB biete seine aktive Mitarbeit an.

Mit großer Sorge diskutierte die Runde das kritische, sich weiter verschärfende Problem des Ärztemangels im Flächenland Brandenburg. Der Hauptgeschäftsführer der Kassenärztlichen Vereinigung Brandenburg, Dr. Hans Jörg Wilsky, erklärte, dass der Anteil der Ausgaben der Krankenkassen für die ärztliche Behandlung in Ost und West nach wie vor auseinander klaffe. So betrage dieser Anteil in den alten Bundesländern rund 17 Prozent, im Osten Deutschlands seien es nur 13 Prozent. Hinzu komme, dass die Ost-Ärzte rund ein Drittel mehr Patienten betreuen als ihre Kollegen aus den alten Ländern. Bei der Vertragsarztdichte rangiere Brandenburg mit 825 Einwohnern pro Arzt auf dem letzten Platz. Von den rund 1.500 Allgemeinmedizinern würden in den nächsten fünf Jahren ein Drittel in den Ruhestand gehen, meist ohne Aussicht, einen Nachfolger zu finden. Als wichtigste Ursache nannte Wilsky die mangelnde Vergütung. „Uns fehlen als KV allein 14 Millionen Euro als Auswirkung der Hartz-Reformen“, erklärte der Hauptgeschäftsführer. In den aktuellen Vertragsverhandlungen mit den Krankenkassen sei man nicht erfolgreich gewesen. Er regte an, dass die Politik dieses Problem bundeseinheitlich regeln sollte. „Nichts wäre schlimmer, als wenn wir 17 Einzelregelungen erhielten“, sagte Wilsky.

Die Heilberufler widersprachen der Auffassung des Ministerpräsidenten, dass die bevorstehende Gesundheitsreform dem Land Verbesserungen bringen werde. Man vereinbarte, dass Ärzte, Zahnärzte und Apotheker kurzfristig zu einem gesonderten Gespräch mit dem Ministerpräsidenten zusammenkommen werden.

Am Beispiel der für Apotheken geplanten Maßnahmen machte Apothekerverbandsvorsitzende Dr. Andrea Lorenz die Auswirkungen auf Patienten und Branche deutlich. Ein ruinöser Preiswettbewerb werde unweigerlich dazu führen, dass kleine Landapotheken verschwinden. Außerdem stünden hochqualifizierte Arbeitsplätze zur Disposition. „Es kann nicht sein, dass wir von einer Reform zur nächsten den Salto mortale vom Heilberufler zum Kaufmann machen“, sagte die Apothekerin. „Wir wollen den Wettbewerb, jedoch den Wettbewerb um Qualität und nicht nur ein Feilschen um den geringsten Preis“, ergänzte der Präsident der Landesapothekerkammer, Dr. Jürgen Kögel.

Die Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg der Beratenden Ingenieure, Renate Kaula, forderte die Landesregierung auf, die Honorarneuordnung für den Berufsstand zu unterstützen. Außerdem beklagte sie, dass durch den landeseigenen Verband für ländliche Entwicklung wettbewerbswidrig eine Reihe von Aufgaben wahrgenommen würden, die von der freien Wirtschaft erbracht werden müssten. „Dies nimmt Vermessern, Ingenieuren und Landschaftsarchitekten Arbeit weg, wenn der Verband um die Mehrwertsteuer bereinigte Preise anbietet und damit die freiberufliche Konkurrenz aus dem Rennen schlägt“, kritisierte die Verbandschefin. Auch der Verband öffentlich bestellter Vermessungsingenieure beklagte diese Praxis und forderte vom Ministerpräsidenten Abhilfe.

Der Ministerpräsident wertete das Treffen mit den Repräsentanten der brandenburgischen Freiberufler als nützlich und fruchtbar. Er empfahl den Berufsgruppen, die Kontakte den Fachministerien zu intensivieren. Die gute Tradition in der Zusammenarbeit solle fortgesetzt werden, der Regierungschef lud die LFB-Vertreter für das nächste Gespräch 2007 ein.

Michael Klauß
Vizepräsident

Der LFB zählt jetzt 19 Mitgliedsorganisationen

Potsdam. Der Landesverband der Freien Berufe Brandenburg (LFB) zählt jetzt 19 Mitgliedsorganisationen. Dem Dachverband waren unlängst der Fachverband Deutscher Heilpraktiker Berlin-Brandenburg e. V. und der Bund der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure e. V. Landesgruppe Brandenburg beigetreten. Der LFB Brandenburg repräsentiert nunmehr fast 15.000 Freiberufler.

Verbandspräsident Thomas Schmidt berichtete in der Jahresmitgliederversammlung am 9. November in Potsdam über die zahlreichen Aktivitäten des Landesverbandes im vergangenen Jahr und in den zurückliegenden Monaten. Als Höhepunkte der Verbandarbeit nannte Schmidt den parlamentarischen Abend im Brandenburger Landtag und das Gespräch mit dem Regierungschef am selben Tage.

Einstimmig entlastete die Mitgliederversammlung den ehrenamtlich tätigen Vorstand vom Haushalt 2005. Die Steuerberaterkammer hatte einen Bericht über die Durchführung einer Jahresabschlussprüfung für das Kalenderjahr 2005 gegeben und darin festgestellt, dass im Ergebnis der durchgeführten Prüfung „keine Sachverhalte bekannt geworden sind, die der Einhaltung der Grundsätze einer ordentlichen Erfas-



Vertreter der LFB-Mitgliedsverbände bei der Mitgliederversammlung in Potsdam

sung aller Geschäftsvorgänge widersprechen.“ Bei der Haushaltsberatung für das kommende Haushaltsjahr gab es eine lebhafte Debatte um die Notwendigkeit einer Studie zur Situation der freien Berufe im Land Brandenburg. Der Vorstand hatte dafür einen Etatansatz von 4.000 Euro vorgeschlagen. Die Mitgliederversammlung war mehrheitlich der Auffassung, diese Aufgabe mit eigenen Mitteln zu lösen. Landesärztekammer und Landeszahnärztekammer wollen für den LFB die erforderlichen Daten erheben. Ein entsprechender Fragebogen wird von allen Mitgliedsorganisationen gemeinsam entwickelt. Der um die Kosten für die Studie bereinigte Haushaltsplan in Höhe von nunmehr 20.890 Euro wurde

von der Mitgliederversammlung einstimmig gebilligt. Die Beitragseinnahmen des Verbandes werden sich in ähnlicher Höhe bewegen, sodass die Rücklagen des Verbandes nicht angegriffen werden müssen.

Der Landesverband wird wie in den vorangegangenen Jahren einen Parlamentarischen Abend mit den Landtagsabgeordneten organisieren und mit Ministerpräsident Matthias Platzeck zusammentreffen. Über einen erneuten Freiberuflerball soll die Mitgliederversammlung im nächsten Jahr entscheiden.

Intensiv erörterte die Versammlung den vom Vorstand vorgeschlagenen Beitritt des Landesverbandes zum Unternehmensverband Berlin-Brandenburg. Die Mitgliedschaft in dieser Vereinigung hätte die Arbeitgeberinteressenvertretung gestärkt. Die Mitgliedsorganisationen waren jedoch mehrheitlich der Auffassung, dass es zwischen Freiberuflichkeit und den Aktivitäten eines Unternehmensverbandes keine ausreichenden Gemeinsamkeiten gebe. Der LFB wird dem Unternehmensverband nicht beitreten.



Diskutierten den Beitritt zum Unternehmerverband: LFB-Mitglieder Arne Küger, Maria von Heyden, Kathrin Fuchs, Dr. Jürgen Kögel (v.l.)

Michael Klauß
Vizepräsident

Brandenburger Ausbildungskonsens

Die Lage auf dem Ausbildungsmarkt ist auch im Land Brandenburg weiterhin schwierig. Aufgrund konjunktureller Schwierigkeiten hält sich die Wirtschaft mit der Ausbildung zurück. Davon sind auch die Angehörigen der Freien Berufe betroffen. Auch wirken sich Entscheidungen der Politik, wie z.B. Änderungen des Steuerberatungsgesetzes, möglicherweise negativ auf die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen aus.

Durch den Geburtenrückgang nach 1990 wird es sehr bald weniger Schulabgänger als Ausbildungsplätze geben. Für die Betriebe und Einrichtungen heißt das: Ein Fachkräftemangel droht, der eine Gefahr für Brandenburgs Wirtschaftsentwicklung ist. Deshalb müssen die Betriebe schon heute an morgen denken und jetzt verstärkt ausbilden.

Nur durch ein breites Bündnis aller Beteiligten kann es gelingen, diese Probleme zu beherrschen. Dazu dient der Brandenburgische Ausbildungskonsens. Er wird getragen von der Landesregierung, den Kammern, der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB), dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit. Ziel ist es unter anderem, dass

- alle ausbildungswilligen und -fähigen Schulabgänger/innen ein Ausbildungsplatzangebot erhalten,
- alle Brandenburger Betriebe, die ausbilden könnten, auch tatsächlich ausbilden,

- die praxisorientierte Ausbildung, aber auch die schulischen Leistungen an den allgemein bildenden Schulen verbessert werden,
- in der Öffentlichkeit gemeinsam für betriebliche Berufsausbildung geworben wird.

Diese gemeinsame Aktion soll auch erreichen, dass staatliche Eingriffe – Stichwort: Ausbildungsplatzabgabe – nicht erforderlich werden. Überdies werden gemeinsam mit der Agentur für Arbeit Vermittlungsbörsen durchgeführt und es finden an verschiedenen Orten Ausbildungsmessen bzw. -börsen statt, die häufig von der lokalen Presse unterstützt werden.

Natürlich ist der Ausbildungskonsens auch eine hervorragende Plattform für eine gute Öffentlichkeitsarbeit! Nicht zuletzt wird alljährlich durch den Brandenburgischen Ausbildungskonsens ein Preis für Ausbildungsbetriebe mit guten Ausbildungsergebnissen ausgelobt, der medienwirksam verliehen wird. Bisher war es so, dass je beteiligten Partner mindestens ein Betrieb ausgezeichnet wurde.

Der Ausbildungskonsens unterstützt die beteiligten Institutionen, insbesondere die Kammern und Verbände der Wirtschaft, bei der Lösung der Probleme auf dem Ausbildungsmarkt und bietet überdies die Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Wolfgang Hey
Geschäftsführer der
Steuerberaterkammer Brandenburg

Impressum

Offizielles Mitteilungsblatt des LFB

Herausgeber: Landesverband der Freien Berufe Land Brandenburg e.V.

Chefredaktion: Dipl. Med. Thomas Schmidt, Michael Klauß, Ralf Fox

Sekretariat: Ines Philipp

LFB-Geschäftsstelle: Helene-Lange-Str. 4-5, 14469 Potsdam

Tel.: 0331-2977- 413, Fax: 0331-2977- 171, info@freie-berufe-brandenburg.de, www.freie-berufe-brandenburg.de

Satz/Layout: Agentur Hentschel, 0173 6069949, cp@agentur-hentschel.de

Druck: Hans Gieselmann GmbH&Co. KG, A.-Scheunert-Allee 2,

14558 Bergholz-Rehbrücke

Zwischendurch bemerkt

Wie realitätsfremd manche Beschlüsse der Ministerpräsidenten sind, belegt die Einführung einer Rundfunkgebühr für internetfähige Computer.

Der überwiegende Teil der Freiberufler betrachtet diese Entscheidung der Landesfürsten als nicht nachvollziehbar und schikanös. Ab dem 01. Januar 2007 kommt eine Zusatzgebühr von jährlich 66,24 Euro auf die Kollegen zu, die Ihre Computer nicht zu Hause anwenden. Wir zahlen für eine Leistung, die wir nicht abrufen. Welcher Freiberufler ist nicht froh, nach seinem wohlverdienten Feierabend gemütlich im Fernsehsessel sein Sportprogramm oder andere interessante Sendungen am heimischen Gerät zu verfolgen.

Obwohl unter dem Druck des Mittelstandes und der Freien Berufe gegen die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten die monatliche Gebühr von den geplanten 17,03 Euro auf 5,52 Euro reduziert wurde, bleibt die Entscheidung der Länderchefs für mich reines Abzocken. Die Ministerpräsidenten bleiben aufgefordert, zwischen unterhaltungs- und arbeitstechnischer Elektronik zu unterscheiden. Weiterhin ist nicht nachvollziehbar, warum ein Arbeitnehmer, der täglich im Privatwagen zur Arbeit fährt und die Kilometerpauschale steuerlich in Ansatz bringt, keine Gebühren für sein Autoradio entrichten muss, wogegen bei einem Freiberufler das Autoradio eine Gebührenpflicht auslöst. Die Empörung aller Wirtschaftsverbände über diese Ungleichbehandlung reißt nicht ab. Das Finanzierungssystem des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist fast 50 Jahre alt und dringend reformbedürftig. Wir hoffen, dass die Rundfunkkommission der Länder – wie von den Ministerpräsidenten beschlossen – innerhalb eines Jahres ein neues Gebührenkonzept erarbeitet.

Die Glaubwürdigkeit der Politiker steht auf dem Spiel!

Dipl. Med. Thomas Schmidt
Präsident des LFB